

Nervöse Spannung lag über dem am 1. Februar 1967 tagenden Bundesparteitag der SPÖ. Nachdem bei der Nationalratswahl 1966 die ÖVP mit Kanzler Josef Klaus die absolute Mehrheit errungen hatte, verließ die von Bruno Pittermann geführte SPÖ die Koalition. Die Partei war 1964 durch die Olah-Krise, die zum Ausschluss des machtbewussten Gewerkschaftspräsidenten geführt hatte, geschwächt worden. Die Wahl eines neuen Parteivorsitzenden stand auf der Tagesordnung. Der Parteivorstand war uneins über die Person des Kandidaten. Auf Drängen aus den Bundesländern ließ sich Bruno Kreisky (der in der Koalition Außenminister gewesen war) aufstellen; die Vorstandsmehrheit plädierte dagegen für den Niederösterreicher Hans Czettel. In der Stichwahl entschieden sich 347 von 497 Delegierten für Bruno Kreisky. Die Rede, die der neue Parteivorsitzende hielt, stand im Zeichen der Versöhnung für das gemeinsame Ziel.



„Wir müssen den Beweis erbringen, dass die Sozialdemokratie auch eine Partei für gute Zeiten ist“

BRUNO KREISKY

Am Beginn des Aufbruchs stand ein großes Wagnis

BRUNO KREISKY. Wie kein anderer prägte der Sonnenkönig unser Land und machte Österreich – wie versprochen – zu einem guten Vaterland und einer sicheren Heimat für seine Menschen.

Am 1. März 1970 war wieder Wahltag in Österreich. Die von der ÖVP-Alleinregierung enttäuschten Wähler drehten die Verhältnisse um: War es 1966 für Schwarz-Rot 48,3% zu 42,6% gestanden, so gewann nun die SPÖ mit 48,2% gegenüber 44,8% der ÖVP eine Mehrheit. Mit 81 von 165 Mandaten hatte allerdings die SPÖ nicht die „Absolute“, gab es doch neben den 78 ÖVP- noch 6 FPÖ-Mandate. Kreisky nützte die Gunst der Stunde, die eine „Koalition der Verlierer“ als Affront gegen den Wählerwillen hätte erscheinen lassen, durch ein Wagnis. Es gelang ihm, den FPÖ-Obmann Friedrich Peter gegen die Zusage einer Wahlreform für die Duldung einer sozialistischen Minderheitsregierung zu gewinnen.

Neben der Chance, die Republik nach seinen Vorstellungen grundlegend zu erneuern, war das für Kreisky sicherlich auch die Genugtuung, die Volkspartei von ihrer so lange gehaltenen Spitzenstellung zu verdrängen – die Nachfolgerin jener Partei, die die Demokratie der Ersten Republik vernichtet, die Sozi-

aldemokratie zerstört und ihn selbst neben vielen anderen als „Hochverräter“ ins Gefängnis gesteckt hatte.

GEMEINSAM EIN STÜCK DES WEGES

Vom ersten Augenblick seiner Wahl zum Parteivorsitzenden begann Kreisky die Ziele seiner neuen Politik abzustecken. Es ging ihm dabei darum, der Basis von 700.000 SPÖ-Mitgliedern neue Zuversicht zu geben. Gegen die Ansicht, dass die SPÖ lediglich eine gute Partei für schlechte Zeiten sei, „mussten wir den Beweis erbringen, dass die Sozialistische Partei auch eine gute Partei für gute Zeiten ist“. Den Beweis sollte ein von 1.400 Fachleuten aus dem In- und Ausland erstelltes Programm erbringen, das die Erneuerung aller bedeutsamen sozialen und wirtschaftlichen Belange betraf. Dazu kam, dass Kreisky in der „Eisenstädter Erklärung“ vom 2. Oktober 1970 betonte, die SPÖ lehne „jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit ab“, womit Bedenken im Bürgertum zerstreut und die Einladung, „ein Stück

des Weges gemeinsam zu gehen“, bekräftigt wurden.

Die Regierungsjahre Kreiskys von 1970 bis 1983 prägten wie keine andere Periode die Geschichte der Zweiten Republik. Sie begannen als Aufbruch, der einen Reformschub in vielen Bereichen einläutete. Von Anfang an war das Ziel klar, wobei maßvolle Reformen nachhaltig gesellschaftsverändernd wirken sollten, ohne Ängste vor Experimenten zu wecken. Dies zeigte schon die Steuerreform, die Hannes Androsch, mit 32 Jahren jüngster Finanzminister, vorlegte. Die Regierung setzte auf Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die geplanten Sozialmaßnahmen. Die Gründung eines Wissenschaftsministeriums erlaubte dessen Ressortchefin Hertha Firnberg, die Hochschulreform anzugehen, später fielen auch die Studiengebühren. Justizminister Christian Broda gab mit der Gleichstellung unehelicher mit ehelichen Kindern ein Signal für die folgende Familienrechts- und Strafrechtsreform. Nach dem Beschluss eines neuen Wahlrechts kam es zu Neu-

wahlen im Oktober 1971, bei denen die SPÖ nun mit mehr als 50 Prozent der Stimmen und 93 Mandaten die „Duldung“ der bisherigen Minderheitsregierung durch die FPÖ nicht mehr benötigte.

Neben dem Kampf gegen die Armut durch Pensionserhöhungen (in fünf Jahren um 57 Prozent!) ging es um Chancengleichheit der Heranwachsenden. Kostenlose Schulbücher, Schülerfreifahrt, Erhöhung der Kinderbeihilfen waren Wege zu diesem Ziel. Schließlich setzten die sozialdemokratischen Frauen die „Fristenlösung“ anstelle des verbotenen Schwangerschaftsabbruchs durch. Kreiskys Konzept der „Durchflutung aller Bereiche mit Demokratie“ wurde durch Erleichterungen von Volksbefragungen und Volksbegehren gefördert. „Politik braucht Visionen“ war ein Motto Bruno Kreiskys. In ihrem Mittelpunkt aber: der Mensch. Im Rückblick auf seine großen Jahre konnte er 1990 sagen: „Österreich wurde, wie wir es versprochen hatten, zu einem guten Vaterland und einer sicheren Heimat für seine Menschen.“